

Das Wallis und die Schweizerische Bundesverfassung von 1874

Louis CARLEN

I. Einleitung

Am 19. April 1874 nahm das Schweizer Volk mit 340 199 Ja-Stimmen gegen 198 013 Nein-Stimmen die neue, vom Nationalrat und vom Ständerat am 31. Januar 1874 beschlossene Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft an¹. Am 28./29. Mai hat die Bundesversammlung die Verfassung mit Datum vom 29. Mai feierlich in Kraft erklärt. Im Wallis wurde die neue Bundesverfassung allerdings mit 19 368 Nein gegen 3558 Ja deutlich verworfen. Das Wallis hatte schon die Bundesverfassung von 1848 mit 4171 Nein zu 2751 Ja klar abgelehnt², ebenso wurden 1866 zwei in der Schweiz angenommene Verfassungsänderungen von den Wallisern nicht gutgeheissen³.

In einer ungedruckten Lizentiatsarbeit der philosophischen Fakultät der Universität Freiburg hat sich Patrice Frass 1976 mit Fragen des Verhältnisses der

¹ Dazu die Literatur im Handbuch der Schweizer Geschichte, II, Zürich 1977, S. 1053, 1063, 1257; Geschichte der Schweiz und der Schweizer, III, Basel-Frankfurt 1983, S. 99.

² LOUIS CARLEN, Das Wallis und die Bundesverfassung von 1848, in: Blätter aus der Walliser Geschichte 14 (1965/66), S. 121 ff.; französisch von GRÉGOIRE GHICA, in: Annales valaisannes 1968, S. 201—222. Vgl. auch JÜRGE SEGESSER, Die Einstellung der Kantone zur Bundesrevision und zur neuen Bundesverfassung im Jahre 1848, Diss. Bern 1965.

³ Es handelte sich um Art. 37 (Festsetzung von Mass und Gewicht), der im Wallis mit 7050 Nein zu 6554 Ja (Schweiz 159 202 Ja und 156 396 Nein) verworfen wurde, und um Art. 41 und 48 (Gleichsetzung von Schweizern und Naturalisierten), die im Wallis mit 8493 Nein zu 5182 Ja (Schweiz 170 032 Ja und 149 401 Nein) abgelehnt wurden. Die in der Schweiz 1866 abgelehnten Verfassungsänderungen über das Stimmrecht der Niedergelassenen in Gemeinde- und kantonalen Angelegenheiten (Art. 41 f.), die Besteuerung und zivilrechtl. Verhältnisse der Niedergelassenen (Art. 41 Zif. 7), die Glaubens- u. Kultusfreiheit (Art. 44), die Ausschliessung einzelner Strafarten (Art. 54a), den Schutz geistigen Eigentums (Art. 59a), das Verbot des Betriebs der Lotterie- und Basarspiele (Art. 59b) wurden im Wallis ebenfalls mit starkem Mehr verworfen. Der im Bund am 12. Mai 1872 abgelehnte Bundesverfassungsentwurf erreichte im Wallis 3005 Ja gegenüber 19 686 Nein. Dabei fand man sich in Übereinstimmung mit den Föderalisten aus der katholischen Innerschweiz (einschliesslich Appenzell, Graubünden und Tessin) und aus der reformierten welschen Schweiz (vgl. GEORGES FAEH, Der Kanton Luzern und die Bundesverfassungsrevision von 1874, Diss. Zürich, Luzern 1974, S. 14).

Walliser zur Entstehung der Bundesverfassung von 1874 befasst⁴. Frass behandelt in einem ersten Kapitel die allgemeine Lage im Bund und im Wallis zur Zeit der Verfassungsrevision sowie die Nationalratswahlen im Wallis von 1872. In einem zweiten Kapitel werden die Grossratswahlen im Wallis vom 2. Mai 1873 besprochen, während ein drittes Kapitel sich der Stellung der Walliser Abgeordneten im eidgenössischen und kantonalen Parlament und des Staatsrats sowie der Walliser Presse zum Verfassungsentwurf zuwendet. Ein viertes und letztes Kapitel analysiert die Abstimmung vom 19. April 1874 und geht auf ihre Reaktionen ein.

Was Frass schrieb, soll hier nicht wiederholt werden. Seine Sicht ist historisch, politisch und soziologisch. Die folgenden Ausführungen sind aus dem Blickwinkel des Rechtshistorikers und Juristen verfasst und greifen einige Fragen zur Stellung des Wallis zur Bundesverfassung auf, besonders zu deren Anwendung auf Walliser Verhältnisse und zu den verschiedenen Verfassungsrevisionen.

II. Beratungen in den eidgenössischen Räten

Mit Recht stellt Frasse in bezug auf die Interventionen der Walliser National- und Ständeräte zum Verfassungsentwurf in den eidgenössischen Räten fest: «En fait l'action des députés valaisans se révéla très faible, pour ne pas dire nulle»⁵.

Schon bei den Verhandlungen 1871/72 über den am 12. Mai 1872 knapp verworfenen Entwurf einer total revidierten Bundesverfassung intervenierte nur Nationalrat Johann Anton Roten⁶, der beantragte, die vorgesehene jährliche Bundeszahlung für die Walliser Alpenstrassen von Fr. 40 000.— auf Fr. 50 000.— zu erhöhen. Der Antrag wurde mit 31 gegen 30 Stimmen angenommen⁷. Von den Walliser Abgeordneten im Nationalrat votierte bei der Schlussabstimmung nur Louis Barman⁸ für die neue Verfassung⁹.

Bei den Beratungen zum Entwurf der Bundesverfassung von 1874 nahm Roten seinen Antrag wieder auf und drang mit 64 gegen 35 Stimmen durch¹⁰. Er intervenierte auch zu Art. 44 und forderte, dass jenen die Niederlassung an einem Ort entzogen werden könne, die «einen notorisch unsittlichen Lebenswandel» führen¹¹. Die Forderung wurde nicht in die neue Verfassung aufgenommen.

⁴ PATRICE FRASS, *Le Valais face à la révision de la Constitution fédérale du 19 avril 1874*, 1976.

⁵ FRASSE, a.a.O., S. 93.

⁶ Johann Anton Roten (1826-1895) von Raron war 1863-1865 Ständerat und 1866-1895 Nationalrat (JEAN-MARC BINER, *Walliser Behörden 1848-1977/79*, in *Vallesia XXXVII*, 1982, S. 362).

⁷ Protokoll über die Verhandlungen des schweiz. Nationalrathes betr. Revision der Bundesverfassung, Bern 1873, S. 518. Begründung Roten: «Wallis erleide wegen der vermehrten Militärausgaben (im Betrage von Fr. 172 000.—) einen Ausfall von Fr. 72 890.—, wofür die beantragten Fr. 40 000.— nur eine ganz unzureichende Entschädigung boten. Wegen des sumpfigen Terrains müsse Wallis für den Unterhalt der Strassen mehr aufwenden, als andere Kantone, und wenn man bei der jetzt in Frage kommenden Entschädigung beim Kanton Wallis wieder schmälern würde, so möchte es für ihn immer schwerer halten, sein Strassennetz in bisheriger Weise weiter zu entwickeln, weshalb beantragt werde, den Ansatz von Fr. 40 000.— auf Fr. 50 000.— zu erhöhen.»

⁸ Louis Barman (1805-1890) von St-Maurice, Nationalrat 1860-1878 (BINER, a.a.O., S. 251 f.).

⁹ A.a.O., S. 609.

¹⁰ Protokoll über die Verhandlungen der eidg. Räte betr. Revision der Bundesverfassung 1873/1874, Bern 1877, S. 86, 89.

¹¹ A.a.O., S. 251.

Maurice Evéquo¹² wandte sich dagegen, dass nach Art. 31, der die Errichtung von Spielbanken untersagte und bestimmte, dass die bestehenden Spielhäuser am 31. Dezember 1876 geschlossen werden sollten, dieser frühe Schliessungstermin vorgesehen wurde. Im Hinblick auf das Spielkasino von Saxon wollte er den Termin auf den 31. Januar 1878 angesetzt wissen, drang jedoch mit seinem Antrag nicht durch¹³.

Zu den konfessionellen Ausnahmeartikeln nahmen die konservativen Walliser Vertreter im Nationalrat nicht Stellung, obwohl im Wallis die Presse sich dazu eingehend äusserte, vor allem die konservative «Gazette du Valais», welcher der radikale «Confédéré» antwortete¹⁴. Einzig Ignaz Zen-Ruffinen intervenierte gegen Louis Barman, dass man die religiösen Orden zum Religionsunterricht zulasse¹⁵. Im Ständerat bekämpfte Graven¹⁶ einen Antrag Morel, der einen Art. 48b mit folgendem Wortlaut in der Bundesverfassung haben wollte: «Den Gemeinden wird das Recht gewährleistet, ihre Geistlichen selbst zu wählen, unter Vorbehalt der Rechte des Staates»¹⁷.

Im Ständerat wandte sich Ferdinand de Montheys¹⁸ gegen die Abschaffung der Todesstrafe¹⁹.

III. Rechtliche Konsequenzen der neuen Bundesverfassung für das Wallis

Die Verfassung des Kantons Wallis vom 23. Dezember 1852 wurde am 26. November 1875 durch eine neue Verfassung ersetzt, der das Volk am 13. Februar 1876 zustimmte. Ein Zweck der Verfassungsrevision war, die Kantonsverfassung in Übereinstimmung mit der Bundesverfassung zu bringen. Im allgemeinen wurde dieses Anliegen erfüllt. Trotzdem bemängelte der Bundesrat bei der Prüfung der dem Bund zur Genehmigung vorgelegten Kantonsverfassung einzelne Artikel²⁰.

So sagte der Bundesrat: Bei der Bestimmung, dass die Fremden vor Erwerb des Kantonsbürgerrechts nicht definitiv als Bürger einer Gemeinde aufgenommen werden können, ist die in Art. 44 der Bundesverfassung vorgesehene Bundesgesetzgebung vorzubehalten und bezüglich des Erwerbs des Gemeindebürgerrechts durch einen Kantonsbürger sind nach Art. 4 und 60 der Bundesverfassung alle Schweizerbürger vor dem Gesetze gleich zu achten. In Bezug auf die Wahl der höheren Offiziere durch den Grossen Rat sind die Bestimmungen der Art. 37 ff.

¹² Maurice Evéquo^z (1824-1889) von Conthey, 1866-1875 und 1881-1887 Nationalrat (BINER, a.a.O., S. 295).

¹³ A.a.O., S. 55. Zu den Interventionen von Louis Barman im Nationalrat und Jean Graven im Ständerat in dieser Sache FRASS, a.a.O., S. 92.

¹⁴ FRASS, a.a.O., S. 136 f.

¹⁵ FRASS, a.a.O., S. 91.

¹⁶ Johann Baptist Graven (1839-1907) 1873-1876 Ständerat (BINER, a.a.O., S. 311).

¹⁷ Protokoll der 23. Sitzung des Schweizerischen Ständerates vom 17. Dezember 1873 zur Revision der BV, S. 339.

¹⁸ Ferdinand de Montheys (1824-1903) von Sitten, 1873-1875 Ständerat und 1875-1881 Nationalrat (BINER, a.a.O., S. 338).

¹⁹ Vgl. dazu Gazette du Valais du 28 janvier 1874.

²⁰ Botschaft des Bundesrates vom 16. März 1876, B 1876 I 707.

der eidgenössischen Militärorganisation vorzubehalten. Der Bundesrat und die Bundesversammlung hielt jedoch keine dieser Beanstandungen für wichtig genug, um eine förmliche Abänderung der Kantonsverfassung zu verlangen.

Hingegen genehmigte die Bundesversammlung auf Antrag des Bundesrates Art. 2 Abs. 1 und Art. 11 der Kantonsverfassung nicht vorbehaltlos²¹. Art. 2 Abs. 1 lautete: «Die römisch-apostolisch-katholische Religion ist die Staatsreligion. Die Glaubens- und Gewissensfreiheit und die freie Ausübung gottesdienstlicher Handlungen sind innert der mit der öffentlichen Ordnung und den guten Sitten vereinbarten Schranken gewährleistet.» Nachdem die nationalrätliche Kommission ihre Überlegungen zu diesem Artikel eingebracht und Bedenken zur Übereinstimmung mit der in der Bundesverfassung verankerten Religionsfreiheit geäußert hatte²², beschloss die Bundesversammlung, die Gewährleistung der Walliser Verfassung nur auszusprechen unter der Bedingung, dass Art. 2 Abs. 1 nur im Sinne der Art. 49, 50 und 53 der Bundesverfassung²³ ausgelegt und angewendet werden darf.

²¹ Eidgenössische Gewährleistung der Bundesbeschluss vom 29. Juni 1876 (Amtliche Sammlung, N.F. II, S. 364).

²² Die nationalrätliche Kommission bemerkte zu diesem Artikel (B 1876 III S. 42; vgl. auch 1877 II, S. 507): «Man ist gewohnt und berechtigt, dem Ausdrucke Staatsreligion diejenige Bedeutung beizulegen, die ihm staatswissenschaftlich zukommt. Dann erscheint das Alinea 1 des Art. 2 wie eine mittelalterliche Ruine im modernen Rechtsstaate, dann gerät das Alinea in einen unlöslichen Widerspruch mit der im zweiten Alinea ausgesprochenen Gewährleistung der Glaubens-, Gewissens- und Kultusfreiheit, dann sind eine Reihe anderer wichtiger Grundsätze der neuen BV, wie der Schul- und Kultusartikel im Kanton Wallis bedeutungslos...

Diese weitgehende Bedeutung sollte aber dem Alinea 1 nicht beigelegt werden. Der § 1 der alten Kantonsverfassung vom 23. Dez. 1852 lautete: „Die römisch-katholisch-apostolische Religion ist die Religion des Staates; der Beistand der Gesetze ist ihr zugesichert.“ Diese Bestimmung blieb bei der im Juli 1854 erfolgten Gewährleistung der Verf. durch den Bund unangefochten, was angesichts des Art. 44 des BR von 1848 nimmer hätte geschehen können, wenn mit den Worten „Religion des Staates“ der spezifische Begriff der Staatsreligion verbunden gewesen wäre. Offenbar wollte mit jenem § 1 ein Mehreres nicht gesagt werden, als dass die römisch-katholische Konfession, zu der sich die Bevölkerung des Kts. Wallis bekenne, vom Staate ausdrücklich gewährleistet werde ...

Wir können dem Grossen Rat des Kts. Wallis nicht imputieren, dass er nun dem ersten Alinea des Art. 2 diejenige Auslegung habe beigelegt wissen wollen, die ihm nach der wissenschaftlich-grammatikalischen Bedeutung der Worte zukäme. Auf der andern Seite können wir aber darin auch nicht die blosses Registrierung der Tatsache erblicken, dass die Bevölkerung des Kts. Wallis sich zur römisch-katholischen Konfession bekenne. Denn eine Staatsverfassung ist kein Album für statistisch-ethnographische Notizen, sondern die Zusammenstellung der rechtlichen Grundprinzipien, auf welchen der Staat beruht. Diese Bedeutung der Staatsverfassung bedingt die Annahme, dass der Satz der Alinea 1 des Art. 2 ein gewisses Rechtsverhältnis zwischen dem Staate und den römisch-katholischen Staatsangehörigen zum Vorteil der letzteren statuieren wolle. Freilich bleibt es unklar, in wie weit man in diese Richtung zu gehen beabsichtigt, aber soviel ist aus dem Sinn und dem Wortlaute des Alinea 1 und der bekannten Tatsache, dass die sog. konfessionellen Art. der neuen BV einen schmerzlichen Riss in die Traditionen und in die bisherige kirchenpolitische Richtung des Kts. Wallis gemacht, zu abstrahieren, dass die römisch-katholische Konfession in ihrem Verhältnis zum Staate grundsätzlich privilegiert werden sollte in der Meinung, dieses verfassungsmässige Privilegium in der Folge praktisch gegen das Prinzip der Gleichberechtigung der Konfessionen zu verwerten. Soviel ist ferner gewiss, dass das Alinea 1 geeignet ist, entgegen der neutralen Stellung, welche die BV dem Staate gegenüber den verschiedenen Glaubensgenossenschaften anweist, einen ungebührlichen Einfluss seitens des Staates Wallis zu Gunsten der römisch-katholischen Konfession auszuüben. Denn wir glauben nicht zu irren, wenn wir behaupten, dass der Art. 2 der Walliser Verf. von der dortigen Bevölkerung nicht anders ausgelegt werden wird, als dahin: man kann zwar glauben, was man will — denn die BV sagt dies — aber ein echter Walliserbürger ist und bleibt ein römisch-katholischer Katholik.»

²³ Art. 49 Glaubens- und Gewissensfreiheit; Art. 50 Kultusfreiheit, Massnahmen zum Schutz des konfessionellen Friedens, Anstände bei Trennung von Religionsgenossenschaften, Bistumserrichtung; Art. 53 Beurkundung des Zivilstands, Verfügung über Begräbnisplätze und schickliche Beerdigung.

Art. 11 der Walliser Kantonsverfassung hatte folgenden Wortlaut: «Der öffentliche Unterricht steht unter Leitung und Oberaufsicht des Staates. Der Primarunterricht ist obligatorisch und unentgeltlich. Die Unterrichtsfreiheit ist gewährleistet, unter Vorbehalt der gesetzlichen Bestimmungen.»

Der Bundesrat vermisste in diesem Artikel eine Gewähr dafür, dass auch der Primarunterricht an Privatanstalten der Leitung und Oberaufsicht des Staates unterstellt sein werde. Daher verlangte die Bundesversammlung, «dass laut Art. 27 der BV der gesamte Primarunterricht unter staatlicher Leitung stehen soll, somit der Art. 11 nicht die Wirkung haben kann, jene Vorschrift in irgend welcher Weise einzuschränken»²⁴.

Man hat den Eindruck, dass Bundesrat und Bundesversammlung noch etwas der Kulturkampfgeruch in der Nase war. Das zeigt sich auch in der Stellungnahme des Bundesrates gegenüber der Walliser Regierung in bezug auf die geistliche Gerichtsbarkeit. Wie andere Kantone²⁵ anerkannte das Wallis die Kompetenz des bischöflichen Gerichtes in Fragen über Gültigkeit und Auflösung der Ehe²⁶. Art. 58 Abs. 2 der Bundesverfassung erklärt: «Die geistliche Gerichtsbarkeit ist abgeschafft»²⁷. Der Bundesrat verwarf die verschiedentlich vertretene Ansicht, dass die geistliche Gerichtsbarkeit erst mit dem Erlass eines Bundesgesetzes, oder wenn ein solches nicht zustande käme, durch entsprechende Gesetze der Kantone ausser Wirksamkeit treten müsse und hielt dafür, dass nach Art. 2 der Übergangsbestimmungen die geistlichen Gerichte am Tage des Inkrafttretens der Bundesverfassung aufgehoben seien. Der Bundesrat verlangte, «dass somit die bischöflichen Offizien ihre bis anhin geübte Gerichtsbarkeit ohne weiteres einzustellen haben» und dass der Staat «diese ohne Verzug durch eine andere Gerichtsbarkeit zu ersetzen» habe²⁸. Daraufhin ordnete der Kanton an, die geistliche Gerichtsbarkeit provisorisch durch die ordentlichen Zivilgerichte zu ersetzen, die «im gewöhnlichen Verfahren, jedoch nach Massgabe der bisher zur Anwendung gekommenen Rechtsgrundsätze» urteilen sollten.

Im 19. Jahrhundert hatten das Bundesgericht und der Bundesrat wenig Fälle zu entscheiden, die aus dem Wallis kamen und die Bundesverfassung betrafen. 1899 und 1900 urteilte das Bundesgericht gegen den Kanton Wallis wegen Verletzung des in Art. 46 BV verankerten Verbotes der Doppelbesteuerung²⁹. Der Bundesrat hiess 1876 eine Beschwerde von Kutschern aus dem Kanton Uri gut, weil der Kanton Wallis von ihnen entgegen Art. 31 der Bundesverfassung eine besondere Gewerbesteuer verlangte³⁰. Dagegen wies der Bundesrat 1878 die

²⁴ Ähnliche Beanstandungen erfolgten bei Gewährleistung der Luzerner Verfassung durch Bundesbeschluss vom 2. Juli 1875 (LUDWIG RUDOLF VON SALIS, Schweizerisches Bundesrecht, I, Bern 1891, Nr. 65).

²⁵ PETER JAEGGI, Das verweltlichte Eherecht, Freiburg 1955, S. 9 ff.

²⁶ Zur geistlichen Gerichtsbarkeit im Wallis vgl. JEAN BACHER, Evolution de la législation matrimoniale dans le Valais épiscopal, Thèse Fribourg 1957, S 113 ff. LOUIS CARLEN, Studien zur kirchlichen Rechtsgeschichte, Freiburg 1982, S. 9 ff., 39 ff., 56 ff.

²⁷ Zur Tragweite dieser Bestimmung: ULRICH LAMPERT, Kirche und Staat in der Schweiz, II, Freiburg 1938, S. 235 ff.; PETER KARLEN, Das Grundrecht der Religionsfreiheit in der Schweiz, Zürich 1988, S. 417 ff.

²⁸ Bundesblatt 1875 II, S. 596.

²⁹ BGE (= Bundesgerichtsentscheid) 25 I 197-280 i.S. Internat. Schlafwagengesellschaft gegen Wallis; BGE 26 I 277-283 i.S. Esseiva gegen Wallis.

³⁰ LOUIS CARLEN, Kutscherkrieg zwischen Uri und Wallis vor 100 Jahren, in: Walliser Jahrbuch 57 (1988), S. 31 ff.

Beschwerde eines Kutschers ab. Dieser rügte die Bestimmung des Walliser «Règlement sur la police des voitures et cochers à la gare de Martigny», wonach es Fuhrleuten untersagt war, sich auf der Plattform des Bahnhofs aufzustellen, um die Reisenden vor Zudringlichkeiten zu bewahren. Der Bundesrat betrachtete die Vorschrift des Reglementes als mit Art. 31 der Bundesverfassung vereinbar, da sie «im Interesse guter Ordnung auf dem Bahnhof und zum Schutze der Reisenden bestimmt sei»³¹.

IV. Partialrevisionen

Seit ihrem Inkrafttreten bis heute fanden in der Schweiz 235 Volksabstimmungen statt, um die Bundesverfassung teilweise zu revidieren. Volk und Stände haben 118 Teilrevisionen angenommen und 117 abgelehnt. Dazu kamen 10 Volksinitiativen in der Form allgemeiner Anregungen, die aber alle in den Volksabstimmungen verworfen oder zurückgezogen wurden³².

Von den in der Eidgenossenschaft angenommenen Teilrevisionen hat das Wallis 89 zugestimmt³³. Zwischen 1931-1970 hat das Walliser Volk sämtlichen in der Schweiz angenommenen Partialrevisionen zugestimmt³⁴, 34 hat es verworfen. Dabei ist ein typischer Trend zur Ablehnung von Vorlagen³⁵, die den Föderalismus und die Kantonshoheit einschränken³⁶, ebenso gegen solche, welche die landwirtschaftliche Wirtschaftsweise und die persönliche Freiheit einengen³⁷ und die

³¹ LUDWIG RUDOLF VON SALIS, Schweizerisches Bundesrecht, II, Bern 1903, S. 216 f.

³² Dazu OWALD SIGG, Die eidg. Volksinitiativen 1892-1939, Diss. Bern 1978.

³³ Zur Frage der Stimmbeteiligung MAX IMBODEN, Die Volksbefragung in der Schweiz, in: Faktoren der politischen Entscheidung, Festgabe für Ernst Fraenkel, Berlin 1963, S. 393 ff. — Dazu auch FRITZ GIOVANOLI, Die eidgen. Volksabstimmungen 1874-1931, in: Zeitschr. für Schweiz. Statistik und Volkswirtschaft 68 (1932), S. 410 ff.

³⁴ Eine statistische Übersicht, wie wir sie im Anhang für das Wallis geben, gibt es auch für Appenzell: HANS EGGER, Die Ergebnisse der eidgen. Abstimmungen im Appenzell Ausserrhodon und Innerrhodon von 1848 bis 1979, in: Appenzellische Jahrbücher 107 (1979), S. 50-62; für Nidwalden 1848-1949 FERDINAND NIEDERBERGER, Die Stimme von Nidwalden im Bunde, in: Geschichtsfreund 199 (1956), S. 47-59. Statistisches Material auch bei FRIEDRICH OTTO FUNK, Die eidgenössischen Abstimmungen von 1874 bis 1914, Diss. Bern 1925, S. 174 ff. Für nützliche Hilfe bei der Erstellung der Listen über die Stimmresultate für die Schweiz und das Wallis danke ich der Bundeskanzlei in Bern und meinen Assistenten Herrn Dr. RENÉ PAHUD DE MORTANGES und Frau BRIGITTE HAUSER.

³⁵ Vgl. zu den die Abstimmungen in der Schweiz beeinflussenden sachlichen und psychologischen Gründen FUNK, a.a.O., S. 146 ff.

³⁶ Einführung der Kranken- und Unfallversicherung 1890, des Banknotenmonopols 1891, Wasserbau- und Forstpolizei 1897, Vereinheitlichung von Zivilrecht und Strafrecht 1898, Automobil- und Fahrradverkehr 1921, Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer 1925, Erhöhung Unterschriftenzahl für das Referendum 1977, Konsumentenschutz 1980, Energieartikel 1983. Dazu auch aus soziolog. Sicht ROLF NEF, Bundesabstimmungen 1950-1977. Eine Untersuchung über politische, gesellschaftliche und kulturelle Verhaltensmuster, Zürich 1979, S. 84; LEONARD NEIDHART, Plebiszit und pluralitäre Demokratie, Bern 1970, S. 65 ff. Zur Ablehnung von das Militär berührenden Vorlagen im Wallis: BEAT JUNKER, Eidgenössische Volksabstimmungen über Militärfragen um 1900, Diss. Bern 1955, S. 75, 142. (Bei der eidgen. Abstimmung vom 3. Nov. 1907 über die Militärorganisation der Schweizer. Eidgenossenschaft erlitt die Vorlage im Wallis mit 76 % Nein-Stimmen die kräftigste Abfuhr; der Bezirk Entremont verwarf mit 93 % Nein-Stimmen (Walliser Bote 1907, Nr. 89).

³⁷ Tierschutz 1893, Lebensmittelpolizei 1897, Wasserwirtschaft 1975, Fuss- und Wanderwege 1979, Brotgetreideordnung 1980, Missbräuchliche Preise 1982, Mieterschutz 1986.

Staatsaufgaben vermehren und neue Steuern bringen³⁸. Wo kantonale Interessen auf dem Spiele standen, wie z.B. 1879 bei der Unterstützung von Alpenbahnen, 1927 die Alpenstrassen, 1908 die Nutzbarmachung der Wasserkräfte, 1972 die Förderung des Wohnungsbaus usw. war die Zustimmung stets zu erreichen, ebenfalls bei Vorlagen, die das Gesundheitswesen betrafen. Der Einführung des Frauenstimmrechts 1971 stimmte das Walliser Volk mit 4/5 zu.

Von den in der Schweiz abgelehnten Partialrevisionen verwarf das Wallis ebenfalls 107, während es 18 zustimmte.

V. Totalrevision

Seit dem Erlass der Bundesverfassung wurde in der Schweiz nur einmal, am 8. September 1935, über eine Totalrevision der Verfassung abgestimmt. Die Revision fand jedoch vor dem Schweizervolk keine Gnade³⁹. Eigentümlicherweise aber erhielt die Vorlage im Wallis eine Mehrheit, indem sich 11 258 Stimmende dafür und 9 197 dagegen aussprachen. Nachdem der Kanton die Verfassungen von 1848, 1872 und 1874 abgelehnt hatte, kann man von einem tiefgreifenden Wandel sprechen.

1967 setzte das Eidgenössische Justizdepartement auf Grund parlamentarischer Vorstösse unter dem Vorsitz von alt-Bundesrat Dr. F. T. Wahlen eine Arbeitsgruppe ein, um Gedanken und Vorschläge für eine Totalrevision der Bundesverfassung zusammenzutragen. Sie lud neben Parteien und Verbänden die Kantone zur Stellungnahme ein.

Der Walliser Staatsrat setzte für die Beantwortung der Fragen der Kommission Wahlen eine Kommission ein, die vom Walliser Staatsrechtler Dr. Jean Darbellay, Professor an der Juristischen Fakultät der Universität Freiburg, präsiert wurde⁴⁰. Prof. Darbellay redigierte auch den entsprechenden Rapport, den der Staatsrat am 28. März 1969 einreichte. Da dieser im vollen Wortlaut gedruckt vorliegt⁴¹, erübrigt es sich hier, näher darauf einzutreten. Er enthält keine revolutionären Vorschläge. Prof. Darbellay präsierte 1978-1979 auch die Kommission, die der Staatsrat des Kantons Wallis bestellte, um die Vernehmlassung zum Entwurf einer neuen Bundesverfassung von 1977 auszuarbeiten. Der Bericht wurde ebenfalls von Prof. Darbellay verfasst. In beiden Vernehmlassungen bekannte sich der Staatsrat grundsätzlich zu einer Totalrevision der Bundesverfassung unter Wahrung aller Menschenrechte und der Aufrechterhaltung des Föderalismus⁴².

³⁸ Militärpflichtersatz 1874, Eidg. Verwaltungs- und Disziplinargerichtsbarkeit 1914, Schwerverkehrsabgabe und Autobahnvignette 1984, Radio- und Fernsehartikel 1984, Aufhebung Beiträge für Primarschulunterricht und Gesundheitswesen 1985.

³⁹ 234 980 Ja und 515 327 Nein.

⁴⁰ Vgl. JEAN DARBELLAY, *Vers la révision de la Constitution fédérale*, in: *Revue de droit suisse* 87 (1968), S. 425-437. Wieder abgedruckt in: JEAN DARBELLAY, *La réflexion des philosophes et des juristes sur le droit et la politique*, Fribourg 1987, S. 387-399.

⁴¹ Arbeitsgruppe für die Vorbereitung einer Totalrevision der Bundesverfassung. Antworten auf die Fragen der Arbeitsgruppe, I: Kantone, Bern 1969/70, S. 921-936.

⁴² Dazu auch JEAN DARBELLAY, *Les instruments du fédéralisme. La participation des cantons aux décisions fédérales et la révision de la Constitution fédérale*, in: *La réflexion*, S. 401-409.

Angenommene Verfassungsänderungen	Datum	Wallis		Schweiz	
		ja	nein	ja	nein
Bundesverfassung 1848	12. 10. 1848	2 751	4 171	15½ Kt.	6½ Kt.
Art. 37 (Festsetzung Mass und Gewicht)	14. 01. 1866	6 554	7 050	159 202	156 396
Art. 41 und 48 (Gleichstellung von Schweizern und Naturalisierten)	14. 01. 1866	5 182	8 493	170 032	149 401
Bundesverfassung-Entwurf 1874	19. 04. 1874	3 558	19 368	340 199	198 013
Feststellung und Beurkundung von Zivilstand und Ehe	23. 05. 1875	1 920	15 329	213 199	205 069
Gesetz über die Arbeit in Fabriken	21. 10. 1877	3 873	8 278	181 204	170 857
Gesetz betr. Unterstützung von Alpenbahnen	19. 01. 1879	8 847	3 925	278 731	115 571
Art. 65 (Verbot körperl. Strafen; Aufhebung der Todesstrafe für polit. Vergehen)	18. 05. 1879	10 085	2 748	200 485	181 588
Art. 31 und 32bis (Revision der «Schnapsartikel», gebrannte Wasser und Wirtschaftswesen)	25. 11. 1885	12 955	663	230 250	157 463
Art. 64 (Schutz von Muster und Modellen sowie verwertbaren Erfindungen)	10. 07. 1887	5 935	1 027	203 506	57 862
Art. 34bis (Gesetzgebungskompetenz Kranken- und Unfallversicherung)	26. 10. 1890	6 157	7 534	283 228	92 200
3. Abschnitt BV Art. 118-121 (Änderung der Revisionsbestimmungen)	05. 07. 1891	11 477	1 579	183 029	120 599
Art. 39 (Banknotenmonopol)	18. 10. 1891	2 277	12 330	231 578	158 615
Art. 25bis (Einführung des Schächtverbotes)	20. 08. 1893	395	12 106	191 527	127 101
Art. 24 (Wasserbau- und Forstpolizei)	11. 07. 1897	2 789	5 496	156 102	89 561
Art. 69bis (Lebensmittelpolizei)	11. 07. 1897	2 510	5 774	162 250	86 955
Art. 64 (Vereinheitlichung des Zivilrechts)	13. 11. 1898	4 535	9 444	264 914	101 762
Art. 64bis (Vereinheitlichung des Strafrechts)	13. 11. 1898	4 583	9 338	266 610	101 780
Primarschulsubvention, Aufnahme Art. 27bis	23. 11. 1902	8 434	3 491	258 567	80 429
Art. 64 (Ausdehnung des Erfindungsschutzes)	19. 03. 1905	7 516	2 132	199 187	83 935
Aufnahme eines Art. 32ter und Abänderung von Art. 31 (Absinthesverbot)	05. 07. 1908	7 067	4 377	241 078	138 669
Aufnahme eines Art. 24bis (Nutzbarmachung der Wasserkräfte)	25. 10. 1908	9 908	2 497	304 923	56 237
Abänderung von Art. 69 und Art. 31 (Bekämpfung menschlicher und tierischer Krankheiten)	04. 05. 1913	4 110	3 870	169 012	111 163
Aufnahme eines Art. 114bis und Abänderung von Art. 103 (Eidgen. Verwaltungs- u. Disziplinargerichtsbarkeit)	25. 10. 1914	5 888	6 605	204 394	123 431
Einmalige Kriegssteuer	06. 06. 1915	14 025	571	452 117	27 461
Aufnahme eines Art. 41bis und Abänderung von Art. 42 (Stempelabgaben)	13. 05. 1917	4 826	3 503	190 288	167 689

Angenommene Verfassungsänderungen	Datum	Wallis		Schweiz	
		ja	nein	ja	nein
Abänderung von Art. 73 (Verhältnisswahl für den Nationalrat)	13. 10. 1918	9 962	1 290	229 550	149 035
Aufnahme eines Art. 24ter (Schiffahrt)	04. 05. 1919	11 678	1 951	399 131	78 260
Kriegssteuer	04. 05. 1919	11 077	2 123	307 528	165 119
Übergangsbestimmung zu Art. 73 (Wahl in den National- und Bundesrat)	10. 08. 1919	4 058	1 600	200 008	79 369
Abänderung von Art. 35 (Verbot der Errichtung von Spielbanken)	21. 03. 1920	9 313	6 438	276 021	223 122
Beitritt der Schweiz zum Völkerbund	16. 05. 1920	19 172	6 054	416 870	323 719
Abänderung von Art. 89 (Unterstellung von Staatsverträgen unter das Referendum)	30. 01. 1921	12 841	2 133	398 536	160 004
Aufnahme eines Art. 37bis (Automobil- und Fahrradverkehr)	22. 05. 1921	2 422	4 647	206 297	138 876
Aufnahme eines Art. 37ter (Luftschiifahrt)	22. 05. 1921	3 523	3 422	210 447	127 943
Aufnahme eines Art. 69ter (Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer)	25. 10. 1925	7 265	12 690	382 381	232 272
Aufnahme eines Art. 34quater (Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung) und eines Art. 41ter (Tabaksteuer)	06. 12. 1925	10 424	6 359	410 988	217 483
Abänderung von Art. 30 (internationale Alpenstrassen)	15. 05. 1927	10 540	1 048	344 206	199 305
Abänderung von Art. 44 (Überfremdung)	20. 05. 1928	5 137	2 192	316 250	131 215
Abänderung von Art. 35 (Kursaalspiele)	02. 12. 1928	13 620	8 697	296 395	274 528
Aufnahme eines Art. 23bis (Getreideversorgung)	03. 03. 1929	24 576	4 008	461 176	228 357
Abänderung von Art. 31 und 32bis und Aufnahme Art. 32quater (Alkoholwesen)	06. 04. 1930	16 044	7 491	494 248	321 641
Abänderung von Art. 12 (Ordensverbot)	08. 02. 1931	5 802	9 879	293 845	124 804
Abänderung von Art. 72 (Grundlage für die Wahl des Nationalrates)	15. 03. 1931	8 130	4 173	296 053	253 382
Abänderung von Art. 76, 96 Abs. 1, 105 Abs. 2 (Amtsdauer des Nationalrates, Bundesrates und Bundeskanzlers)	15. 03. 1931	8 236	4 054	297 938	256 919
Abänderung der Art. 107 und 116 (Anerkennung des Rätoromanischen als Nationalsprache)	15. 12. 1937	15 461	2 303	574 991	52 827
Abänderung des Art. 41 (Private Rüstungsindustrie)	20. 02. 1938	11 008	4 841	394 052	114 025
Aufnahme von Übergangsbestimmungen (Übergangsordnung des Finanzhaushaltes)	27. 11. 1938	9 537	4 142	509 387	195 538
Abänderung von Art. 89 (Anwendung der Dringlichkeitsklausel)	22. 01. 1939	6 044	2 575	346 024	155 032
Ausbau der Landesverteidigung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit	04. 06. 1939	5 836	5 498	445 622	199 540
Aufnahme eines Art. 34quinquies (Familienschutz)	25. 11. 1945	18 973	1 997	548 601	170 278

Angenommene Verfassungsänderungen	Datum	Wallis		Schweiz	
		ja	nein	ja	nein
Abänderung der Art. 31, 32, 32quater, Abs. 2, 34ter und Aufnahme der Art. 31bis, 31ter, 31quater, 31quinquies (Wirtschaftsartikel)	06. 07. 1947	13 929	12 995	556 803	494 414
Aufhebung von Art. 89 Abs. 3 (Dringlichkeitsklausel) und Ersetzung durch 89bis	11. 09. 1949	8 903	3 856	280 755	272 599
Abänderung von Art. 72 (Wahl des Nationalrates)	03. 12. 1950	11 482	4 155	450 395	218 541
Abänderung von Art. 39 (Notenbank)	15. 04. 1951	11 561	3 655	490 326	209 663
Weiterführung einer befristeten Preiskontrolle Brotgetreideversorgung des Landes	23. 11. 1952	9 214	6 838	489 461	289 837
Ergänzung durch Art. 24quater über den Schutz der Gewässer gegen Verunreinigung	23. 11. 1952	11 439	4 258	583 546	188 044
Finanzordnung 1955 bis 1958	06. 12. 1953	12 746	7 338	671 565	154 234
Weiterführung einer beschränkten Preiskontrolle	24. 10. 1954	7 948	3 785	457 527	196 188
Aufnahme von Art. 24quinquies betreffend die Atomenergie und den Strahlenschutz	04. 03. 1956	9 105	3 275	542 425	157 106
Verlängerung der Brotgetreideordnung	24. 11. 1957	9 476	3 720	491 745	144 151
Neuordnung des Finanzhaushaltes des Bundes	24. 11. 1957	8 988	4 362	401 768	239 295
Filmwesen	11. 05. 1958	10 346	6 785	419 265	348 905
Strassennetz	06. 07. 1958	7 360	1 826	362 806	229 433
Kursaalspiele	06. 07. 1958	8 743	701	515 396	91 238
Ergänzung durch Art. 22bis über den Zivildienst	07. 12. 1958	9 350	2 711	392 620	262 905
Weiterführung der befristeten Preiskontrolle Rohrleitungsanlagen	24. 05. 1959	5 529	2 469	380 631	230 701
Ergänzung durch Art. 24sexies betreffend Natur- und Heimatschutz	29. 05. 1960	5 620	1 069	432 219	125 205
Änderung von Art. 72 über die Wahl des Nationalrates	05. 03. 1961	21 526	13 425	644 797	257 847
Weiterführung der Finanzordnung des Bundes	27. 05. 1962	5 833	1 741	442 559	116 856
Stipendien und andere Ausbildungsbeihilfen	04. 11. 1962	10 243	6 206	331 059	188 731
Weiterführung der befristeten Preiskontrolle	08. 12. 1963	14 944	9 588	474 786	136 970
Auslandschweizer	08. 12. 1963	16 090	8 610	479 987	131 644
Steueramnestie	06. 12. 1964	26 022	7 270	461 630	119 258
Ergänzung von Art. 22ter und quater über die Ordnung des Bodenrechts	16. 10. 1966	12 994	10 000	491 220	230 483
Aufnahme eines Art. 27quinquies/ Förderung von Turnen und Sport	18. 02. 1968	8 729	3 391	400 900	247 255
	14. 09. 1969	6 836	3 447	286 282	225 536
	27. 09. 1970	11 790	3 651	524 361	178 283

Angenommene Verfassungsänderungen	Datum	Wallis		Schweiz	
		ja	nein	ja	nein
Änderung der Finanzordnung des Bundes	15. 11. 1970	6 520	10 987	366 117	294 965
Änderung von Art. 74/Frauenstimm- und -wahlrecht	07. 02. 1971	24 442	6 135	621 109	323 882
Aufnahme eines Art. 24septies/Schutz der Umwelt	06. 05. 1971	28 189	2 309	1 222 931	96 359
Weiterführung der Finanzordnung des Bundes	06. 06. 1971	23 271	6 921	930 878	348 702
Änderung von Art. 41ter/Förderung des Wohnungsbaus	05. 03. 1972	15 780	5 464	727 629	432 872
Aufhebung von Abs. 3 des Art. 34quinquies und Aufnahme Art. 34	05. 03. 1972	3 721	18 018	360 262	835 315
Aufnahme eines Art. 34septies über Mieterschutzmassnahmen	05. 03. 1972	18 308	3 836	1 057 322	180 795
Änderung von Art. 32bis Abs. 9, 34quater 41bis Abs. 1 Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge	03. 12. 1972	65 985	18 641	1 393 797	418 018
Aufnahme eines Art. 27sexies/Förderung der wissenschaftlichen Forschung	04. 03. 1973	32 862	39 456	507 414	454 428
Aufhebung der Art. 51 und 52, Jesuiten und Klöster	04. 03. 1973	47 702	23 911	617 628	339 857
Änderung des Art. 25bis, Tierschutz	20. 05. 1973	35 251	3 046	791 076	648 924
Aufnahme von Art. 13 der Übergangsbestimmungen/Erschwerung von Ausgabebeschlüssen	02. 12. 1973	24 063	11 708	1 041 504	199 090
Änderung Art. 41ter sowie Art. 8 und 10 der Übergangsbestimmungen/ Erhöhung der Steuereinnahmen	08. 06. 1975	25 213	19 424	934 633	460 236
Aufnahme eines Art. 13 der Übergangsbestimmungen/ Erschwerung von Ausgabebeschlüssen	08. 06. 1975	20 990	13 953	753 642	593 041
Änderung der Art. 45 und 48/Niederlassungsfreiheit und Unterstützungsregelung	08. 06. 1975	25 803	9 175	1 021 315	323 511
Änderung der Art. 45 und 48/Niederlassungsfreiheit und Unterstützungsregelung	07. 12. 1975	21 898	11 214	842 165	271 563
Änderung der Art. 24bis und quater/Wasserwirtschaft	07. 12. 1975	14 236	19 045	858 720	249 043
Aufnahme eines Art. 34novies und Aufhebung von Art. 34ter Abs. 1 und 3, Neukonzeption der Arbeitslosenversicherung	13. 06. 1976	20 584	15 399	866 211	402 550
Änderung von Art. 89/Neuordnung des Staatsvertragsreferendums	13. 03. 1977	39 528	25 773	978 999	502 825
Aufnahme eines Art. 42quinquies/ Steuerharmonisierung	12. 06. 1977	18 350	29 816	1 133 652	715 072
Änderung Art. 89 Abs. 2 und 89bis Abs 2/Erhöhung Unterschriftenzahl für Referendum	25. 09. 1977	30 381	32 356	1 095 631	798 416
Änderung Art. 120 und 121/Erhöhung Unterschriftenzahl für Verfassungsinitiative	25. 09. 1977	35 116	27 572	1 068 157	815 488
Änderung des Art. 31quinquies/Konjunkturartikel	26. 02. 1978	25 554	22 963	1 172 130	542 634
Änderung Art. 1 und 80/Kanton Jura	29. 09. 1978	41 254	3 693	1 309 841	281 873

Angenommene Verfassungsänderungen	Datum	Wallis		Schweiz	
		ja	nein	ja	nein
Aufnahme Art. 37quater/Fuss- und Wanderwege	18. 02. 1979	22 883	26 943	1 467 357	424 058
Änderung Art. 31bis Abs. 3/Neuordnung der Landesversorgung	02. 03. 1980	30 005	8 484	1 117 007	181 009
Änderung Art. 23bis Abs. 2 und 4 und Aufnahme der Art. 14 und 15 der Übergangsbestimmungen/ Entlastung des Bundeshaushaltes	30. 11. 1980	38 313	29 895	1 059 760	514 995
Gebrannte Wasser	30. 11. 1980	40 024	28 756	1 127 595	459 632
Revision Brotgetreideordnung	30. 11. 1980	33 929	34 892	1 012 812	581 204
Änderung von Art. 4/Gleiche Rechte für Mann und Frau	14. 06. 1981	15 237	17 847	797 702	525 885
Aufnahme eines Art. 34decies/Konsumentenschutz	14. 06. 1981	14 833	17 859	858 008	450 998
Änderung des Art. 41ter Abs. 1 und 3 und Art. 3 der Übergangsbestimmungen Weiterführung der Finanzordnung und Verbesserung des Bundeshaushalts	29. 11. 1981	16 573	12 231	818 327	368 508
Initiative zur Verhinderung missbräuchlicher Preise	28. 11. 1982	12 211	15 549	730 938	530 498
Neuregelung Treibstoffzölle	27. 02. 1983	21 973	10 874	679 134	609 871
Energieartikel	27. 02. 1983	11 168	21 502	649 485	626 047
Änderung Bürgerrechtsregelung	04. 12. 1983	27 753	28 148	872 981	562 557
Schwerverkersabgabe	26. 02. 1984	22 225	40 543	1 254 489	882 756
Autobahnvignette	26. 02. 1984	21 653	41 223	1 132 497	1 005 051
Radio- und Fernsehartikel	02. 12. 1984	57 021	49 302	1 001 888	455 536
Hilfe für Opfer von Gewaltverbrechen	02. 12. 1984	68 461	38 861	1 241 377	270 878
Aufhebung der Beiträge für Primarschulunterricht	10. 03. 1985	28 043	38 561	802 882	570 221
Aufhebung der Beitragspflicht im Gesundheitswesen	10. 03. 1985	27 468	38 798	726 781	644 649
Stempelabgaben	09. 06. 1985	21 591	18 398	903 345	454 560
Gebrannte Wasser	09. 06. 1985	24 104	15 975	982 318	376 135
Aufhebung der Brotgetreideunterstützung	09. 06. 1985	20 644	19 813	787 056	592 851
Einheitlicher Schuljahresbeginn	22. 09. 1985	36 282	8 885	984 463	688 459
Mieterschutz	07. 12. 1986	17 581	21 215	922 221	510 490
Doppeltes Ja	05. 04. 1987	20 994	23 505	1 080 992	627 665
Initiative zum Schutz der Moore (Rothenturm-Initiative)	06. 12. 1987	24 881	38 460	1 153 448	843 555
Übergangsbestimmungen Art. 19 BV (neu) (Moratoriums-Initiative)	23. 09. 1990	20 473	25 917	947 356	787 247
Änderung von Art. 24 octies BV (Energiegesetzes-Initiative)	23. 09. 1990	25 175	20 315	1 212 898	495 952
Änderung von Art. 2 Abs. 4ff BV (Strassenverkehrs-Initiative)	23. 09. 1990	30 262	15 729	898 718	803 540
Änderung von Art. 74 Abs. 2 BV (Stimm- und Wahlrechtsalter 18)	03. 03. 1991	28 221	11 810	983 837	368 246

Verworfenne Verfassungs- und Gesetzesänderungen	Datum	Wallis		Schweiz	
		ja	nein	ja	nein
Art. 41, Ziff. 4 (Stimmrecht der Niedergelassenen in Gemeindeangelegenheiten)	14. 01. 1866	2 165	11 442	137 321	181 441
Art. 41, Ziff. 7 (Besteuerung und zivilrechtliche Verhältnisse der Niedergelassenen)	14. 01. 1866	1 791	11 851	125 924	189 830
Art. 42 (Stimmrecht der Niedergelassenen in kantonalen Angelegenheiten)	14. 01. 1866	5 277	8 303	153 469	163 679
Art. 44 (Glaubens- und Kultusfreiheit)	14. 01. 1866	5 036	8 676	157 629	160 992
Art. 54a (Ausschliessung einzelner Strafarten)	14. 01. 1866	2 003	11 669	108 364	208 619
Art. 59a (Schutz des schriftstellerischen, künstlerischen, gewerblichen Eigentums)	14. 01. 1866	1 813	11 824	137 476	177 386
Art. 59b (Verbot des Betriebs der Lotterie- und Basarspiele)	14. 01. 1866	2 055	11 729	139 062	176 788
Bundesverfassungs-Entwurf 1872	12. 05. 1872	3 005	19 686	255 609	261 072
Politische Stimmberechtigung der Schweizerbürger	23. 05. 1875	2 112	14 932	202 583	207 263
Banknotengesetz	23. 04. 1876	3 272	4 873	156 157	184 894
Gesetz über Militärpflichtersatzsteuern	21. 10. 1877	2 119	10 130	170 223	181 383
Gesetz betreffend die politischen Rechte der Niedergelassenen und Aufenthalter	21. 10. 1877	1 418	10 714	131 557	213 230
Art. 39 (Kompetenz zur Notenausgabe allein beim Bund)	31. 10. 1880	601	13 275	121 099	260 126
Art. 64bis (Kompetenz zur Gesetzgebung für geistiges Eigentum)	30. 07. 1882	2 991	11 105	141 616	156 658
Bundesgesetz betreffend Massnahmen gegen gemeingefährliche Epidemien	30. 07. 1882	874	13 730	68 027	254 340
Ausführung von Art. 27 («Schulvogt»)	14. 12. 1882	2 855	20 076	172 010	318 139
BG betreffend Organisation des Justiz- und Polizeidepartementes	11. 05. 1884	1 202	16 206	149 729	214 916
BB betreffend Patenttaxen von Handelsreisenden	11. 05. 1884	1 368	15 958	174 195	189 550
BG betreffend Gewährung eines Beitrages von Fr. 10 000.— an Gesandtschaft Washington	11. 05. 1884	1 003	16 294	137 824	219 728
BG betreffend Ergänzung des Bundesstrafrechts	11. 05. 1884	1 412	15 925	159 068	202 773
BG betreffend arbeitsunfähig gewordene eidgenössische Beamte und Angestellte	15. 03. 1891	2 252	17 956	91 851	353 977
BB betreffend Ankauf der Centralbahn	06. 12. 1891	2 183	6 466	130 729	289 406
Art. 34ter (Vereinheitlichung der Vorschriften über das Gewerbewesen)	04. 03. 1894	3 563	6 968	135 713	158 492
Initiative «Recht auf Arbeit»	03. 06. 1894	780	12 049	75 880	308 289
Art. 30bis (Abgabe von Fr. 2.— pro Kopf aus Zolleinnahmen an Kantone)	04. 11. 1894	15 934	5 441	145 462	350 639
BG betreffend die Vertretung der Schweiz im Ausland	03. 02. 1895	1 877	9 729	124 517	177 991
Art. 31 lit. f, Art. 34ter (Zündholzmonopol für Bund, Herstellungsvorschriften)	29. 09. 1895	241	11 453	140 174	184 109

<i>Verworfen Verfassungs- und Gesetzesänderungen</i>	<i>Datum</i>	<i>Wallis</i>		<i>Schweiz</i>	
		<i>ja</i>	<i>nein</i>	<i>ja</i>	<i>nein</i>
Art. 14 bis 22 (Vereinheitlichung des Heerwesens durch den Bund)	03. 11. 1895	2 032	16 408	195 178	269 751
BG betreffend Disciplinarstrafordnung für die Armee	04. 10. 1896	270	15 280	77 169	310 992
BG betreffend die Gewährleistung beim Viehhandel	04. 10. 1896	1 340	14 213	174 880	209 118
BG über die Errichtung der schweizerischen Bundesbank	28. 02. 1897	1 274	16 660	195 764	255 984
BG betreffend Kranken- und Unfallversicherung mit Einschluss der Militärversicherung	20. 05. 1900	1 527	16 043	148 035	341 914
Art. 73 (Proportionalwahl des Nationalrates)	04. 11. 1900	11 236	3 165	169 008	244 666
Art. 95, 96, 100, 103 (Volkswahl des Bundesrates)	04. 11. 1900	2 492	10 845	145 926	270 522
Art. 72 (Nationalratswahl)	25. 10. 1903	8 001	3 855	95 131	295 085
Art. 32bis (Kleinhandel mit geistigen Getränken)	25. 10. 1903	6 845	4 797	156 777	228 094
Zolltarif	15. 03. 1903	13 439	7 765	333 001	225 123
Ergänzung Bundesstrafrecht (Anstiftung Militärpflichtiger zu Verbrechen)	15. 03. 1903	2 222	9 529	117 649	264 085
Initiative betreffend Proporzwahl des Nationalrates	23. 10. 1910	8 353	5 335	240 305	265 194
Einführung einer direkten progressiven Bundessteuer	02. 06. 1918	3 331	19 112	276 735	352 814
BG über die Ordnung der Arbeitsverhältnisse	21. 03. 1920	4 813	10 680	254 455	256 401
Aufhebung der Militärjustiz	30. 01. 1921	2 313	12 824	198 696	393 151
Aufhebung Art. 44 Abs. 2 und Ersetzung durch Art. 44bis (Einbürgerungswesen)	11. 06. 1922	942	9 129	65 828	347 988
Änderung von BV 70 (Ausweisung und Gefährdung Landessicherheit)	11. 06. 1922	2 161	7 924	159 200	258 881
Änderung von BV 77 (Wählbarkeit Bundesbeamter in NR)	11. 06. 1922	2 167	7 941	160 181	257 469
Änderung des Bundesstrafrechts	24. 09. 1922	8 807	8 084	303 794	376 832
Erhebung einer einmaligen Vermögensabgabe	03. 12. 1922	1 495	28 077	109 702	706 949
Aufnahme eines Art. betreffend Schutzhaft	18. 02. 1923	1 231	12 539	55 145	115 606
Zonenabkommen mit Frankreich	18. 02. 1923	6 618	7 237	93 892	414 305
Wahrung der Volksrechte in der Zollfrage	15. 04. 1923	1 663	18 361	171 020	467 876
Erweiterung des Alkoholmonopols	03. 06. 1923	8 012	7 077	262 688	360 397
Abänderung von Art. 41 des FabrikG	17. 02. 1924	11 413	11 292	320 668	436 180
Aufnahme Art. 34quater betreffend AHV	24. 05. 1924	3 379	14 183	282 527	390 129
Aufnahme Art. 23bis betreffend Getreideversorgung	05. 12. 1926	16 931	6 550	366 507	372 049
BG vom 10. 2. 1926 betreffend Automobil- und Fahrradverkehr	15. 05. 1927	8 629	2 953	230 287	343 387
Revision BV 37bis (Strassenverkehr)	12. 05. 1929	1 867	13 043	248 350	420 082
Kantons- und Gemeindeverbotsrecht für gebrannte Wasser	12. 05. 1929	1 952	13 217	226 794	467 724
BG betreffend AHV	06. 12. 1931	5 155	22 577	338 032	513 512

Verworfen Verfassungs- und Gesetzesänderungen	Datum	Wallis		Schweiz	
		ja	nein	ja	nein
Besteuerung des Tabaks	06. 12. 1931	8 469	18 929	423 523	425 449
Vorübergehende Herabsetzung Besoldungen usw. der Bundesbeamten	28. 05. 1933	14 455	11 077	411 536	505 190
Schutz der öffentlichen Ordnung	11. 03. 1934	15 060	10 704	419 399	488 672
Verkehrsteilungsgesetz	28. 09. 1934	3 824	16 741	232 954	487 169
Bekämpfung der wirtschaftlichen Krise und Not	02. 06. 1935	9 370	20 489	425 242	567 425
Teilrevision BV	08. 09. 1935	11 258	9 197	196 135	511 578
Verbot der Freimaurerei und ähnliche Vereinigungen	28. 11. 1937	6 281	10 436	234 980	515 327
Abänderung des fakultativen Referendums	20. 01. 1938	1 693	15 284	87 638	488 195
Erweiterung der Verfassungsgerichtsbarkeit	22. 01. 1939	1 448	6 947	141 323	347 340
Änderung Dienstverhältnis und Versicherung des Bundespersonals	03. 12. 1939	5 585	16 381	290 238	481 035
Einfachen militärischen Vorunterrichts	01. 12. 1940	9 281	19 377	345 430	434 817
Neuordnung des Alkoholwesens	09. 03. 1941	9 202	10 969	304 867	452 873
Wahl des Bundesrates durch das Volk	25. 01. 1942	2 478	17 745	251 605	524 127
Reorganisation des Nationalrates	03. 05. 1942	3 323	8 020	216 629	408 821
Verkehrskoordination	10. 02. 1946	5 716	17 703	289 935	571 566
Recht auf Arbeit	08. 12. 1946	1 741	15 081	124 792	525 366
Initiative «Wirtschaftsreform und Rechte der Arbeit»	18. 05. 1947	4 329	18 628	244 415	539 244
Ordnung der schweizerischen Zuckerwirtschaft	14. 03. 1948	7 122	9 717	272 701	481 352
Revision BV 39 betreffend Schweizerische Nationalbank	22. 05. 1949	3 236	19 549	293 650	468 823
Finanzreform	04. 06. 1950	9 698	9 553	267 770	486 381
Schutz des Bodens und der Arbeit durch Verhinderung Spekulation	01. 10. 1950	3 347	10 259	158 794	429 091
Beitrag öffentlicher Unternehmen an Kosten Landesverteidigung	08. 07. 1951	2 175	5 017	165 713	341 869
Umsatzsteuern	20. 04. 1952	4 240	11 872	129 243	552 122
Rüstungsfinanzierung und Schutz der sozialen Errungenschaften	18. 05. 1952	4 608	10 668	328 341	422 255
Deckung der Rüstungsausgaben	06. 07. 1952	1 620	12 058	256 195	353 522
Finanzhaushalt des Bundes	06. 12. 1953	8 281	12 045	354 149	488 232
Schutz der Stromlandschaft Rheinfall-Rheinau	05. 12. 1954	1 662	12 497	229 114	504 330
Schutz der Mieter und Konsumenten (Gegenentwurf)	06. 03. 1956	9 029	8 827	317 934	449 087
Wasserrechtskonzessionen	13. 05. 1956	2 405	9 529	266 222	454 831
Revision Brotgetreideordnung	30. 09. 1956	5 992	3 566	239 890	379 245
Ausgabenbeschlüsse der Bundesversammlung	30. 09. 1956	5 675	3 843	276 660	331 117
Zivilschutz	03. 03. 1957	13 010	19 064	361 028	389 633
Rundspruch und Fernsehen	03. 03. 1957	17 548	14 737	319 766	428 080
Missbrauch wirtschaftlicher Macht	26. 01. 1958	2 194	15 258	192 297	550 322
Einführung der 44-Stunden-Woche	26. 10. 1958	4 844	17 071	315 790	586 818

Verworfen Verfassungs- und Gesetzesänderungen	Datum	Wallis		Schweiz	
		ja	nein	ja	nein
Einführung des Frauenstimm- und -wahlrechtes	01. 02. 1958	8 242	18 759	323 727	654 939
Einführung Gesetzesinitiative	22. 10. 1961	1 907	13 243	170 842	409 445
Verbot von Atomwaffen	01. 04. 1962	7 306	12 318	286 895	537 138
Entscheidungsrecht bei Ausrüstung Armee mit A-Waffen	26. 05. 1963	8 292	16 546	274 061	451 238
Steueramnestie	02. 02. 1964	4 501	9 642	276 236	381 864
Bekämpfung des Alkoholismus	16. 10. 1966	1 281	22 425	174 242	571 267
Bodenspekulation	02. 07. 1967	1 868	9 040	192 991	397 303
Überfremdung	07. 06. 1970	16 808	19 709	557 517	654 844
Recht auf Wohnung und Ausbau des Familieschutzes	27. 09. 1970	7 330	8 059	344 640	359 818
Vermehrte Rüstungskontrolle und Waffenausfuhrverbot	24. 09. 1972	11 810	12 414	585 046	592 833
Schaffung einer wirklichen Volkspension	03. 12. 1972	12 563	71 732	294 511	1 481 488
Bildungswesen	03. 03. 1973	32 862	39 456	507 414	454 428
Überfremdung	20. 10. 1974	22 261	55 907	878 891	1 691 632
Verbesserung des Bundeshaushalts	08. 12. 1974	18 541	25 858	625 780	783 894
Soziale Krankenversicherung (Gegenentwurf)	08. 12. 1974	8 801	31 831	457 923	883 179
Betriebliche Mitbestimmung (Gegenentwurf)	21. 03. 1976	7 047	34 902	431 690	974 695
Radio und Fernsehen	26. 09. 1976	16 457	12 727	531 328	696 039
Haftpflichtversicherung	26. 09. 1976	5 484	23 772	301 587	939 713
40-Stunden-Woche	05. 12. 1976	17 979	79 048	370 228	1 315 822
4. Überfremdungsinitiative	13. 03. 1977	18 494	58 548	495 904	1 182 820
5. Überfremdungsinitiative	13. 03. 1977	19 530	58 040	568 867	1 116 188
Neuordnung Umsatzsteuer und direkte Bundessteuer	12. 06. 1977	21 212	27 532	760 830	1 117 044
Wirksamer Mieterschutz (Gegenvorschlag)	25. 09. 1977	25 588	30 203	777 640	944 806
Luftverschmutzung durch Motorfahrzeuge	25. 09. 1977	15 592	47 362	740 842	1 157 368
Fristenlösung	25. 09. 1977	11 692	54 912	929 325	994 930
Reichtumssteuer	04. 12. 1977	16 029	26 930	637 994	800 138
Demokratie im Nationalstrassenbau	26. 02. 1978	15 804	34 770	696 501	1 104 292
Herabsetzung des AHV-Alters	26. 02. 1978	9 470	41 617	377 017	1 451 220
12 motorfahrzeugfreie Sonntage pro Jahr	28. 05. 1978	12 002	41 626	678 162	1 191 204
Stimm- und Wahlrecht für 18jährige	18. 02. 1979	22 525	27 525	934 073	964 749
Verbot der Suchtmittelreklame	18. 02. 1979	12 848	36 969	773 485	1 115 116
Atominitiative	18. 02. 1979	21 644	28 109	920 480	965 927
Mehrwertsteuer und direkte Bundessteuer	20. 05. 1979	11 464	23 772	496 882	939 533
Trennung von Kirche und Staat	02. 03. 1980	4 716	34 770	281 475	1 052 575
Miteneinander-Initiative	05. 04. 1981	8 193	55 046	252 531	1 304 153
Erleichterung gewisser Einbürgerungen	04. 12. 1983	22 304	33 647	644 669	793 253
Zivildienst	26. 02. 1984	17 764	44 994	771 413	1 361 482
Banken-Initiative	20. 05. 1984	6 364	53 662	464 637	1 258 964
«Ausverkauf der Heimat»	20. 05. 1984	9 356	50 479	837 987	874 964

<i>Verworfen Verfassungs- und Gesetzesänderungen</i>	<i>Datum</i>	<i>Wallis</i>		<i>Schweiz</i>	
		<i>ja</i>	<i>nein</i>	<i>ja</i>	<i>nein</i>
«Zukunft ohne weitere Atomkraftwerke»	23. 09. 1984	14 735	27 957	762 792	931 245
Energieversorgungs-Initiative	23. 09. 1984	14 659	27 879	773 767	916 916
Mutterschaftsschutz	02. 12. 1984	16 231	93 435	241 442	1 288 974
Ausbildungsbeiträge	10. 03. 1985	25 517	40 791	651 854	716 717
Ferien-Initiative	10. 03. 1985	21 611	45 898	489 952	918 728
«Recht auf Leben»	09. 06. 1985	30 275	12 898	448 016	999 077
Innovationsgarantie	22. 09. 1985	17 530	26 392	695 288	917 507
Abschaffung Vivisektion	01. 12. 1985	5 631	43 405	459 358	1 099 122
Kultur-Initiative (Gegenentwurf)	28. 09. 1986	10 040	22 757	548 080	670 196
Berufsbildung und Umschulung	28. 09. 1986	8 428	32 871	261 759	1 162 238
Schwerverkehrsabgabe	07. 12. 1986	6 040	33 024	485 390	948 612
Rüstungsreferendum	05. 04. 1987	16 072	30 056	714 209	1 046 637
Koordinierte Verkehrspolitik	12. 06. 1988	11 326	35 278	798 143	954 384
Herabsetzung des AHV-Rentalters	12. 06. 1988	13 176	33 766	624 154	1 153 550
«Stadt-Land-Initiative gegen die Bodenspekulation»	04. 12. 1988	14 012	111 681	685 861	1 544 205
Herabsetzung der Arbeitszeit	04. 12. 1988	31 933	94 333	768 820	1 476 057
Begrenzung der Einwanderung	04. 12. 1988	28 491	97 587	732 021	1 506 468
Änderung von Art. 17 und 18 BV und 1, 6 und 19 der Übergangs- bestimmungen der BV (Initiative zur Abschaffung der Armee)	26. 11. 1989	35 535	69 135	1 052 442	1 904 476
Änderung von Art. 37bis Abs. 3 BV (Initiative pro Tempo 130/100)	26. 11. 1989	64 318	40 045	1 126 458	1 836 521
Ergänzung von Art. 36quater BV (Initiative Stop dem Beton)	01. 04. 1990	7 297	43 129	500 382	1 255 722
Ergänzung zu Art. 36quater BV (Kleeblattinitiative);	01. 04. 1990				
a) Murten—Yverdon		7 219	42 591	571 259	1 175 200
b) Knonauer Amt		7 247	42 055	547 456	1 197 556
c) Biel—Solothurn		7 604	41 772	592 210	1 147 568
Ergänzung von Art. 26 Abs. 2—5 (neu) BV (Initiative zur Förderung des öffentlichen Verkehrs)	03. 03. 1990	8 239	31 600	497 734	842 338